

# Arbeiterstimme

Einzelnu... 10 Pfennig

14. Oktober  
SCHKID  
Die Republik der Streiche  
in der Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie  
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,90 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2 / Reichsstraße 15  
Abteilung: Oberbahnstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfach: Dresden Nr. 18690  
Sprechstunden: Montags von 10 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitags von 15 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde  
Anzeigenpreis: die normal gestaltete Normalzeile oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Anzeigenzeile einschließlich an dem dreißigtägigen Zeit einer Zeile 1,50 RM  
Zwanzig-Tage-Anzeigen wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Oberbahnstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 9. Oktober 1929 Nummer 236

## Die Korruptionsliste der Glarets

Oberbürgermeister Böh soll von der Amerikareise zurückberufen werden / Disziplinarverfahren gegen Bürgermeister Schneider  
Auch Deutschnationale und Volksparteiler schwer belastet / Glarets finanzierte die deutschnationale Zeitung „Die Wahrheit“

Die Bezirksleitung der Sächsischen Spielvereinigungen ruft gegen die reformistischen Spalter auf

### Die Kommunistische Partei räumt auf!

Von unserer Berliner Schriftleitung

Der Fall Glarets wächt von Tag zu Tag zu einem laminenartigen Skandal. Das unerlöschende Aufsteigen des Korruptionsherdes durch das Zentralorgan der Kommunistischen Partei, das nicht nur der Blokkierung fortumgekehrter Elemente in den eigenen Reihen ausschloß, hat jetzt auch die bürgerliche Presse gezwungen, ihre Schweigekartell aufzugeben. Während die Note Fahne bereits am Sonntag und Sonntag die ersten Enthüllungen über das Ausmaß der Glarets-Korruption brachte, veröffentlichte jedoch die Bourgeoispreße erst am Montag und Dienstag das nunmehr öffentlich zugängliche Material über die Nielenkorruption in den Berliner behördlichen und parlamentarischen Stellen. Die erbärmlichsten, aber auch bezeichnendsten Rolle spielt die SPD-Presse, die bis auf einige kleine Notizen die Dinge zu verschweigen versucht oder aber, wie im Falle DeGENER und jetzt im Falle Gähnel die Meinungsäußerung der Partei zu einer ekelerregenden Anbiederung an die Geschäftsleute benutzte. Seitern bereits berichteten wir über die wichtigsten Befassungen der Sozialdemokraten, die man nach wie vor nicht zur Rechenschaft gezogen werden, sondern deren Verteidigung in der sozialdemokratischen Presse in der schamhaftesten Weise durchgeführt wird. Zur Ergänzung dazu soll noch hervorgerufen werden, daß der Stadtratsordnete KILIAN, der ebenfalls auf der Korruptionsliste zu finden ist,

der erste Fraktionsvorsitzende der Berliner SPD, Stadtverordneten

ist und nach der ersten Aufdeckung des Skandals sogar noch die Frechheit besaß, im Stadtparlament als Verteidiger der zunächst genannten Beamten aufzutreten. Aber auch eine stattliche Reihe schwarzwälderer Herren stehen bis über den Hals im Glarets-Sumpf, die bis heute ungerührt ihre Positionen innehaben. So wird jetzt festgestellt, daß

der deutschnationale Pfarrer und Reichstagsabgeordnete Edgar Wolf,

ein katholischer Priester aus Kattow nicht nur häufiger Gast bei Festgelagen in der Glaretsvilla in Wahren gewesen ist, sondern auch noch kurz vor der Aufdeckung des Skandals an einer Kneipezeit in der Schreinerstraße in Berlin teilgenommen hat. Der Seelenhirt Gottes ist bis heute noch in seinem Amt... In dieser Kneipezeit hatte sich außerdem der Direktor Probst von der Verkehrs-WG beteiligt. Ein weiterer intimer Freund der Millionenheerde war der deutschnationale Wolf. Die Glarets waren aber noch viel vielteiliger.

So gaben sie der deutschnationalen antisemitischen Zeitung „Die Wahrheit“, die von dem deutschnationalen Parteivorstandsmittglied und Reichstagsabgeordneten Bruhn herausgegeben wird, nicht nur ganzzellige Inserate, sondern auch bare Zuwendungen.

Bruhn versuchte zwar, jede private Beziehung zu Glarets abzuwehren, es wurde jedoch festgestellt, daß ihn kein Verbot mehr, mehr als in frühen Morgenstunden in total betrunkenem Zustand aus den Glaretschen Räumen der KPW abholen mußte. Ebenso wurde festgestellt, daß Bruhn wiederholt Gast in der Sektvilla in Wahren war. Ebenso beteiligte sich der volksparteiliche Stadtrat Benedek häufig an den Champagnergelagen in der Glaretsvilla. Der deutschnationale Stadtverordnete „Hofmeister“ Kinkel ließ während des letzten Presseball auf Kosten der Glarets ausgeben. Der sächsisch-sozialistische Stadtverordnete HANNICH hat bezeichnenderweise durch ein Geschäft mit Nachttopfen nicht weniger als 2000 Mark Provision verdient. Dabei ist sehr interessant, festzustellen, daß dieser sächsisch-parlamentarische auf geradezu schmuckige Weise seine Position als Stadtverordneter ausübte. Er sah nämlich aus den Kommissionen des Stadtverordnetenkollegiums die Anträge durch und machte dann einfach ein Angebot um einen Pfennig weniger. Der Skandal wird jedoch noch vergrößert durch die Mitteilung der Roten Fahne, daß noch eine ganze Reihe anderer Personlichkeiten, zu denen

auch der deutschnationale Vizepräsident Graf

gehört und noch in engem Zusammenhang mit Glarets steht. Wir werden darüber weiter berichten. Unter dem Druck der Veröffentlichung des Zentralorgans der Kommunistischen Partei gibt nunmehr die Reichsrichterkammer der Stadt Berlin die Namen der von uns bereits angeführten „Kunden“ der Glarets jetzt preis.

Von hohen Beamten und Angestellten der Stadt befinden sich darunter folgende:

Stadthauptamt Dr. Wobler (Zentrum), Stadtrat Benedek (Volkspartei), Stadtrat Gähnel, Stadtschulrat Knybahl (SPD), Stadtrat Dr. Treitel (SPD), Bürgermeister Kohl (SPD), Bürgermeister Schneider (SPD), Stadtrat Mattschall, Stadtrat Gütig, Stadtrat Kattke (SPD), Stadtrat Weber, Verwaltungsdirektor Danow, Verwaltungsdirektor Sudor, Direktor Probst (SPD), Obermagistratsrat Schallbach (Volkspartei), Obermagistratsrat Kunowski, Stadtmagistrat Sakowitsch sowie die Herren Liebert (SPD) und Heinrich von der BGM. Außerdem hat Herr Böh junior (Demokrat) ein Konto.

Die Enthüllungen haben bewirkt, daß man Herrn Böh als Mitbeteiligter nahegelegt hat, seine Amerikareise zu unterbrechen. Gegen Bürgermeister Schneider wird ein Disziplinarverfahren durchgeführt. Im übrigen aber stehen die Herren alle noch in ihren Positionen, und die Parteien rühren sich nicht.

Nur die Kommunistische Partei hat rücksichtslos und ohne Ansehen der Person gegenüber den Verfehlungen ihrer Mitglieder durchgegriffen.

Wir veröffentlichen an anderer Stelle die offizielle Mitteilung der Bezirksleitung Brandenburg der KPD, wonach der Stadtrat Gähnel wegen unproletarischen Verhaltens ebenfalls aus der Partei ausgeschlossen worden ist. Damit hat die Kommunistische Partei gezeigt, daß sie ihre Autorität als Klassenpartei von korruptierten Parlamentariern nicht anerkennen läßt. Gerade jetzt vor den Gemeinderatswahlen gibt sie ein leuchtendes Beispiel von der Hasenbäumchen-Reinigung der Reihen einer proletarischen Partei von korrupten Elementen.

Die Entwicklung des Falles Glarets zeigt deutlicher als mancher spaltenlange Artikel die Unantastbarkeit des Klassencharakters der Kommunistischen Partei und ihres Kampfwillens gegenüber dem korrupten bürgerlich-parlamentarischen System. Der Glarets-Skandal ist mehr als geeignet, den wertvollen Massen die Augen zu öffnen über die Richtigkeit der kommunistischen Grundzüge. Weit über den Rahmen der Berliner Arbeiterkassen hinaus wird dieser Fall einen entscheidenden Anstoß für den Ausfall der Gemeindevorwahl am 17. November geben, einen Anstoß, der münden wird in

ein Vertrauensvotum für die Kommunistische Partei

Die Leiter des „Krafft“



Der russische Artistenführer Samoilowitsch (X) und Kapitan Eggi (XX) vom russischen Glarets „Krafft“ haben sich zur Zeit in Hamburg zur Regelung der Differenzen mit den deutschen Stellen, die wegen der Entschädigung bei der Rettung des „Monte Cervantes“ entstanden sind.

### Öffentliche Sammlungen für den Wahlkampf genehmigt

Von der Landtagsfraktion der KPD wird mitgeteilt: „Das Ministerium des Innern hat die Vornahme einer Geldsammlung innerhalb des freizustandes Sachens für die Kosten der bevorstehenden Gemeindevorordnetenwahlen auf die Zeit bis zum Wahltag genehmigt.“

Arbeiter, Arbeiterinnen, organisiert die Sammlungen in den Betrieben und Arbeiterquartieren. Jeder Grobchen, den die Arbeiter für unseren Kampffonds stiften, bedeutet zehn Flugblätter zur Aufklärung und Mobilisierung der Massen für die kommunistischen Lösungen und die Wahl von Vertretern der KPD in die Rathäuser. Der 17. November muß ein Tag der Entscheidung breiterer Massen für die Diktatur des Proletariats sein.

## Für die rote Einheit im Arbeitersport

Bevor sich die Bezirksleitung der KPD, Sächsischen Spielvereinigungen im 2. Fußballbezirk des Sächs. Spielvereinigungen im 2. Fußballbezirk (S.V.) an die Mitglieder der Sächs. Spielvereinigungen 2. Fußballbezirk (S.V.) wendet.

Aufruf

an die Mitglieder der Sächs. Spielvereinigungen 2. Fußballbezirk (S.V.) Bundesgenossen!

In einer ersten Situation wenden wir uns an euch, die ihr uns zum letzten Bezirkssporttag das Vertrauen geschenkt habt, und richtunggebend die Geschicke des 2. Fußballbezirk auf ein Jahr zu bestimmen. Heber ein halbes Jahr liegt davon hinter uns, ein halbes Jahr der inneren organisatorischen Festigung und der Verstärkung unserer Reihen gegenüber den Bürgerlichen innerhalb Dresdens, vor allem aber auf dem Lande.

Witten aus dieser Aufbauarbeit sollen die Genossen Jankau und Voigt aus unseren Reihen gerufen werden. Der Bundesvorstand leitete gegen beide Genossen des Ausschlußverfahren ein.

Als Grund wurde bei dem Genossen Voigt angegeben, daß er eine oppositionelle Tagung in Leipzig besucht habe. Beim Gen. Jankau waren ganz allgemeine, aus der Zeit gezogene Verbindungen des Geschäftsführers Emmerich dem Bundesvorstand ein willkommener Anstoß, ebenso wie mit dem Gen. Voigt zu

berufen. Gen. Jankau soll die Arbeit Volts finanziert haben. Der Bezirkssporttag stellt nach Prüfung der Unterlagen fest, auf Ansuchen des Gen. Voigt leitete Gen. Jankau aus persönlicher Gefälligkeit jenem am 24. 9. alle 2 Tage vor dem Wahltag eines Angestellten 5 Mark. Je nach dieses Vorganges ist Gen. Solarit. Unter Zeugen hat Gen. Voigt dem Gen. Jankau das Geld am 2. 10. zurück-erhalten. Am 3. 10. früh 3 Uhr erreichte den Gen. Voigt der Brief des Bundesvorstandes; obwohl Gen. J. erst am 5. 10. 29 vom Bundesvorstand Bescheid erhielt, waren in der Zwischenzeit schon Schmutzkinten am Werk, im Genu vom 4. 10. für den Ausschluß Stimmung zu machen. Das kennzeichnet wohl zur Genüge das Intrigenpiel gewisser Kreise und den Wunsch, Bezirksfunktionäre, die stets den Standpunkt eines ehrlichen Arbeitersportlers vertreten haben, loszuwerden.

Die Schreibweise des „Safu“ wird auf das Schärfste beurteilt

Die Sperrung der Arbeiterstimme für Wahren und Beritz ist geschah ohne Kenntnis und Beifall des Bezirksvorstandes. Von der Herstellung beider letzten Kundentreffen sowie der am 11. zu beabsichtigten Kundentreffen im Safu hat der Bezirksvorstand ebenso keine Kenntnis. Einmütig wird beschlossen:

Der Kassierer, Gen. Fichnis, hat bis zum Stattfinden der ordnungsgemäß etablierten Mitgliederversammlung (S-

gestaltbarkeit) nur die allernotwendigsten Zahlungen zu leisten, da das Besitzvermögen Eigentum der Mitglieder ist und nur diese die Sperrung nach Klärung der Verhältnisse aufheben können. Deswegen erlauben wir die Vereine, vorläufig keine Zahlungen zu leisten.

Auf Grund der Verleumdungen des Geschäftsführers Emmrich, die zum Ausschlussverfahren gegen den Gen. Jaglau geführt haben, wird beschlossen:

### Der Geschäftsführer Emmrich hat sich deshalb vor einem Untersuchungsausschuss zu verantworten

Bis zur Tagung dieses Ausschusses wird derselbe zur Disposition gestellt. Es wird ihm das Betreten der Geschäftsräume bis zur Klärung dieser Angelegenheit untersagt.

Wir berufen hiermit für Sonnabend den 23. und Sonntag den 24. November 1929 jahresgemäß eine außerordentliche Mitgliederversammlung (Bezirksjugballtag) ein. Tagungslokal wird noch bekannt gegeben.

Tagungsordnung:

1. Stellungnahme zur Lage im Fund und Bezirk
2. Bezirksangelegenheiten
3. Allgemeines.

Anträge müssen bis zum 2. November schriftlich eingereicht werden. Die Bezirksvereine haben umgehend Mitglieder-Verzeichnisse anzubereiten und über die Lage im Bezirk Bericht zu erstatten.

Fundbesitzer! Vagt euch nicht von unbetruener Seite durch irgendwelche Anweisungen beeinflussen. Es gilt die Einheit im gesamten Bezirk wie bisher aufrechtzuerhalten. Erstens den Ernst der Situation, kämpft mit uns in der Arbeiterbewegung auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes für die wahre Einheit!

Nur die Sächsischen Spielvereineigung N. Fußballbezirk im N. S. B. B.

Jaglau (2. Vorsitzender) Fiedmig (Kassierer) Voigt (Schriftführer) Otto und Böhm (Beisitzer)

Die Beschlüsse der Bezirksvorstandssitzung sind von entscheidender Bedeutung. Den Reformisten ist jetzt plausibel gemacht, daß ihre Spaltungsarbeit auf den Grund der revolutionären Einheit führt. Die Arbeiterjugendler müssen sich jetzt um ihren Bezirksvorstand scharen und mit proletarischer Entschlossenheit gegen die reformistischen Zerfäher der Arbeiterpartei kämpfen, gegen die Agenten des Bundesvorstandes, für die revolutionäre Einheit und Geschlossenheit im Arbeiterpartei kämpfen.

### Ausschluss Gabels wegen unproletarischen Verhaltens

Der Vorwärts öffnet die Aeme!

Berlin, 9. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Die Bezirksleitung der SPD Berlin-Brandenburg hat, nachdem bereits der Stadtrat Degener aus der Partei ausgeschlossen worden war, nunmehr auf Grund der Berichte der Untersuchungskommission einstimmig beschlossen, auch Otto Gabel wegen unproletarischen Verhaltens aus der kommunistischen Partei auszuschließen.

Die anderen Parteien, voran die SPD, decken nach wie vor die Korruptionsgeschäfte in ihren Reihen. Sie haben nicht nur bisher keinen Ausschluß vorgenommen, sondern der heutige Vorwärts öffnet Gabel bereits die Pforten der Sozialdemokratischen Partei. Der Vorwärts bringt den Ausschluß Gabels mit der Überschrift: „Kommunist Gabel ausgeschlossen. Der Vorwärts hat keine Schuldigkeit gegen, der Vorwärts kann gehen.“

Nichts charakteristischer mehr die Korruption der SPD als die Art der Anbiederung. Ein Kommunist ist gestraucht, so schwer ist sein Fehler, daß die Partei den Trennungsbüchlein zieht — in diesem Augenblick öffnet das Zentralorgan der SPD die Arme für ihn — so zeigt die SPD, daß sie sich selbst als das Sammelbecken für korruptierte Arbeitervertreter betrachtet und kennzeichnet damit nur ihre eigene korrupte Bahn. Für Teil!

## Ein Glied in der Entwicklung des deutschen Faschismus

Der Parteitag der Demofrat

Der demokratische Parteitag in Mannheim hat in sinnvoller Weise die Entwicklung der deutschen Gesamtbourgeoisie zum Faschismus beleuchtet. Auch hier, auf dem „linken“ Flügel der Bourgeoisie, traten in sichtbar Weise die Faschierungsstadien als unbedingt ausschlaggebend in Erscheinung. Auch der Parteivorstand, hat in seinem politischen Referat ausdrücklich die Forderung nach Stärkung der Regierungsmacht, nötigenfalls durch Verfassungsänderung und nach dem Antikommunismusgesetz, genannt Republikstufengesetz, erhoben, er hat ausdrücklich erklärt, daß der Verfassungsausschuss an den Arbeitssachen noch nicht abgeschlossen ist und die Unverschiedenheit gehabt, von einer „Versicherung der Arbeitssachen gegen die Arbeit“ zu reden. Der entscheidende Schlüssel für die Offenheit, mit der diese reaktionären Forderungen propagiert wurden, gab das letzte und wichtigste Referat über die Wirtschaftspolitik der Demofrat, das von Dr. Stolper gehalten wurde. Die Kölnische Zeitung, das rheinische Hauptorgan der Deutschen Volkspartei, charakterisiert die Tendenz des Stolper'schen Referats, dem es charakteristischweise vollinhaltlich zustimmt, mit den vier Schlagworten: „Kapitalbildung, Förderung des gewerblichen Mittelstandes, Eindämmung der öffentlichen Wirtschaft und Behauptung der Sozialpolitik.“ In der Tat ist diese Charakterisierung des von der überwältigenden Mehrheit des demokratischen Parteitages zustimmend aufgenommenen Wirtschaftsprogramms durchaus zutreffend: Die Frage der Kapitalbildung, der erhöhten Ausbeutung der Arbeitermassen zwecks Anhäufung erhöhter Profite und beschleunigter Ausbau des Produktionsapparates ist eine wesentliche Voraussetzung für die Durchführung des Young-Planes und die Vorbereitung des Antifaschistengesetzes, von dessen Realisierung die deutsche Bourgeoisie die Erleichterung der Young-Löhen erhofft. Stärkere Kapitalbildung bedingt verstärkte Ausbeutung der Arbeiterklasse zu der der Unterdrückung an den Erwerbsebenen, die Schaffung eines Streikbrecherheeres die Vorbedingung liefern soll, sie bedingt die Aufhebung der Beschränkungen, was man demagogischerweise „Entlastung des gewerblichen Mittelstandes“ nennt. Sie bedingt eine solche „Sozialpolitik“, die durchaus richtig charakterisiert wird, wenn man sie als „Beispielpolitik“ kennzeichnet. Und der ungenannte Tönd, dem die deutschen wirtschaftlichen Chancen durch eine solche Politik ausgeht werden, und der natürlich Gegen-

## Der 27. Oktober / Demonstrationstag gegen NSD-Verbot

Vom Reichsausschuss gegen das NSD-Verbot erhalten wir folgende Zuschrift:

Am Sonnabend, dem 5. Oktober, trat unter starker Beteiligung von Vertretern der verschiedenen proletarischen Massenorganisationen das Reichsausschuss gegen das NSD-Verbot zu seiner ersten Sitzung zusammen. Gegenstand der Aussprache war: 1. die endgültige Konstituierung des Reichsausschusses und die Wahl eines engeren Ausschusses, der mit der Durchführung der Beschlüsse des Ausschusses beauftragt wurde; 2. die Beschließung über die Organisation einer großräumigen Protestkampagne gegen das NSD-Verbot.

Wichtig wurde die Notwendigkeit betont, daß jetzt, wo die faschistische Gefahr immer bedrohlicher in Erscheinung tritt und die Arbeitermassen immer klarer den wahren Sinn des NSD-Verbot erkennen, ein einheitlicher Vorstoß gegen das Verbot des NSD organisiert werden müsse. Einzelne Betreuer bestritten sehr eingehend über die Stimmung, die in den verschiedenen Berufsgruppen über das NSD-Verbot herrsche, nicht nur die politische und juristisch möglich annehmbare und verlogene Verbotsbegründung durch die Gesellschaft u. Co. sondern vor allem auch die Tatsache, daß diese letzten Sozialdemokraten die faschistischen Rowdys in ihrem verbredlichen Treiben ruhig gemähren lassen, habe eine außerordentlich günstige Massenbasis für den Kampf gegen das NSD-Verbot geschaffen. Die deutsche Arbeiterklasse, die einen energischen Kampf gegen die immer frecher auftretenden faschistischen Banditen führt, welche große Bedeutung der NSD für den Kampf gegen den Faschismus bekennt. Sie und immer wird sie sich mit der Unterstützung ihrer Wehr- und Schutzorganisation abstimmen, sondern im Gegenteil mit verstärkten Kräften daran arbeiten, das NSD-Verbot zu Fall zu bringen, welches Ziel nur durch den außerparlamentarischen Ansturm der Massenorganisationen des Proletariats gegen die faschistische Unterdrückungspolitik erreicht werden kann.

Zur Durchführung der Demonstration gegen das NSD-Verbot beschloß das Reichsausschuss:

am 27. Oktober in ganz Deutschland einen allgemeinen Demonstrationstag gegen das Verbot des NSD zu organisieren.

Diesen Massendemonstrationen soll vorausgehen eine intensive Agitation in den Betrieben und proletarischen Massenorganisationen, durch öffentliche Veranlassungen, durch die Presse.

Die Organisation dieser Protestkampagne liegt in den Händen der örtlichen Kampfkomitees gegen das NSD-Verbot.

Dort, wo solche Kampfkomitees noch nicht bestehen, müssen sie sogleich unter härtester Vertretung der breitesten Arbeiterkreise gebildet werden.

Wir appellieren an die gesamte Arbeiterklasse Deutschlands: Zerschlagt die Ketten der sozialfaschistischen Unterdrückung! Kämpft gegen das verbredliche Verbot des Roten Frontkämpferbundes!

Bildet überall Kampfkomitees gegen das NSD-Verbot! Rüstet zu Massendemonstrationen am 27. Oktober!

### Demonstration am 27. Oktober in Dresden

In Dresden fand gestern eine Sitzung des Organisationskomitees für den Kampf gegen das NSD-Verbot statt, in dem die vorbereitenden Maßnahmen eingehend besprochen und entsprechende Beschlüsse gefaßt wurden. Festgelegt wurde, in allen Betrieben und Organisationen die Massen zum Kampf gegen das NSD-Verbot zu mobilisieren und für den 27. Oktober eine Demonstration in Dresden zu organisieren. Alle revolutionären Arbeiter und Arbeiterinnen werden die Bedeutung dieser Kampagne erkennen und die bisher durchgeführte Kampagne gegen das Verbot proletarischer Organisationen beigen. Eine ausmündliche Mobilisierung der Arbeitermassen wird die Gewähr für das Gelingen dieser Aktion sein und die Unterstützung proletarischer Organisationen mit einer

wichtigen Demonstration

beantworten.

Bildet Komitees in allen Betrieben! Zieht Beschlüsse auf Beteiligung an der Demonstration am 27. Oktober in allen Arbeiterorganisationen! Werbt Mitglieder für die revolutionären Organisationen des Proletariats! Werbt jeder für das Organ der ostfälischen Arbeiterklasse, die Arbeiterstimme!

## Wissell kündigt weiteren Unterstützungsraub an!

Seine Abbau-Rechnung widerlegt die SPD-Lügen

Am 8. Oktober fand im Reichsarbeitsministerium eine Pressebesprechung statt, in der Wissell über die jährlichen Erträge des neuen Abbaugesetzes sprach. Wissell machte folgende Rechnung auf:

„Durch Festsetzung der Anwartschaftszeit auf 52 Wochen beim erstmaligen Bezug der Arbeitslosenunterstützung konnte sich eine Ersparnis pro Jahr in Höhe von 16 Millionen Mark ergeben; durch die Verringerung der Unterstützungssätze bei berufstätiger Arbeitslosigkeit auf die Höhe der Arbeitslosenunterstützung um 21 Millionen; durch die neuen Bestimmungen über die Wartezeit 2 Millionen; durch Anrechnung von Ruhegehältern und Bezugsgehaltern von 8 Millionen und die Herabsetzung der Beiträge zur Krankenversicherung der Arbeitslosen um 30 Millionen Mark. Weiter erbringt die Verlängerung der beitragspflichtigen Zeit bei Verheirateten eine Mehreinnahme von 10 Millionen Mark. Falls man die Auswirkung dieser Teilbeschlüsse zusammen, so ergäbe sich eine Verminderung des Defizits um 78 Millionen Mark. Sollte man die Ersparnisse durch die Verringerung auf dem Gebiet der sogenannten Nichtlöhne auch ins Auge, so ist mit einer Minderung des jährlichen Gesamtdefizits um 90 bis 100 Millionen Mark zu rechnen.“

Wissell selbst gibt also zu, daß durch die Abbaumaßnahmen 90 bis 100 Millionen Mark der Reichskasse erspart werden, die dann, anstatt zur Unterstützung der hungernden Arbeitslosen,

zum Bau von Banzetteuren und ähnlichen Zwecken verwendet werden. Wissells Aufrechnung widerlegt die frechen Lügen der SPD-Freie, die behaupten, daß keine einzigen Abbaumaßnahmen beschloßen und den Arbeitslosen nichts erspart worden sei.

Doch die Rechnung Wissells ist noch viel zu günstig, in Wirklichkeit wird den Arbeitslosen noch viel mehr geraubt werden als 100 Millionen. Die zitternmäßig ausgesprochene Höhe des Raubes ist natürlich desto größer, je höher die Arbeitslosenlöhne sind. Nach allen Anzeichen wird aber infolge der fortschreitenden Nationalisierung im kommenden Winter eine ungeheuer große Arbeitslosenarmee auf der Straße liegen.

Doch was läßt das Wissell und die SPD? Wenn hungernde Arbeitslose die notwendige Unterstützung verweigern, wird die Schupo aufgeboten.

Ja, Wissell kündigt sogar noch weitergehenden Abbau der Arbeitslosenunterstützung an. In Fortsetzung seiner Ausführungen sagt er nämlich:

„Wenn aber auch das Defizit durch die Reform um ein Erhebliches vermindert werde, bleibe doch, sofern man die alte Schätzung des Jahresdefizits auf 278 Millionen Mark läßt, immer noch ein Restbetrag von 181 Millionen Mark jährlich. Es bleibe der Zukunft überlassen, hier das nötige Gleichgewicht wieder herzustellen. Man kann annehmen, daß die ganze Frage im Rahmen der kommenden Finanzreform angeht.“

Diese Ankündigung weiterer Abbaumaßnahmen ist alarmierend. Wissell steuert indematisch auf das Ziel zu, jeden Zuschuß aus der Reichskasse für die Unterstützung der Arbeitslosen zu verweigern. Sozialdemokratie und SPD gehen stappweise vor.

Milliarden werden für Kriegsvorbereitungen, Unternehmer-Subventionen, für Klassenjustiz, Waffentum usw. ausgeben.

Die Arbeiterklasse hat durch die Lohnsteuer und die indirekten Verbrauchssteuern und Zölle den Hauptanteil zu den 10 Milliarden Reichsausgaben beizutragen. Und jetzt sollen die sozialen Leistungen immer mehr abgebaut werden, sollen die Arbeiter durch eine Beitragserhöhung noch mehr bluten.

Das ist die Sozialpolitik der Sozialfaschisten. Gegen diesen Kurs der Ausbeutung müssen alle ehrlich denkenden und kampfbereiten Arbeiter unter Führung der kommunistischen Partei kämpfen.

Die kommenden Kommunalwahlen bieten außerdem eine Gelegenheit, der sozialfaschistischen Partei die Betrugsbilder der Arbeiterklasse auszusprechen und zu bekunden, daß die arbeitenden Massen bereit sind, der kommunistischen Partei im Kampf zu folgen.

### Die Tragödie des betrogenen Mittelstandes

Selbstmord im Reichsentschädigungsausschuss in Aachen

III. Berlin. Wie die Abendblätter melden, ereignete sich am Dienstagmorgen im Reichsentschädigungsausschuss in Aachen ein aufsehenerregender Vorfall. Der Völkermörder Wilhelm Krummel aus Wülfingen, der ein sehr ausgelegtes Weizen zur Schau trug, sah plötzlich einen Revolver und schloß sich vor dem Beamten eine Kugel in den Kopf.

Dem Völkermörder Kr. waren vom Reichsentschädigungsausschuss für sein beklagtes Vermögen 24.738 RM zugesprochen, von der Summe wurden ihm nur 2.100 RM in Vermögensüberforderungen gewährt. Weil er, wegen der Kosten, auf die Rechtsmittel zu verzichten gezwungen war, sah er keinen weiteren Ausweg und erschloß sich. Das Reichsentschädigungsausschuss ist gegenüber der Volkspartei, die alle Forderungen erfüllt erhält, nur für die Kleinbürger und Arbeiter bei „Geld“ „keine Mittel“. Der „Mittelstand“ des Völkermörders aber kommt der Volkspartei sehr gelegen, um durch einige sentimentale Nebenworte über den Betrag an den enteigneten Kleinbürgern hinwegzutäuschen. Erst die Diktatur des Proletariats wird dem Betrag ein Ende bereiten.

## Am 13. Oktober Großalarm!

Für Wahlfonds und Pressewerbung! Alle Freunde des revolutionären Klassenkampfes werben für die SPD! Treffpunkte werden bekanntgegeben!

Die lichen Ve zum Tode gelamten Koalition — sein 2 — den 2 — das Volk — lung als — machte, fe — Patrioten — Wolff n — Konkrete au — litik kon — Wenn o — darauf an — gefampt — eben gar — mann hä — reime Dem — wird, wo — der Klein — gebietet. — Klänne m — verhandelt — erklärte, e — Streikman — ernstlich ge — Die U — mit seiner — liche Volk — Bourgeoisie — deutliche S — sich bei die — der Deutl — Provinzpre — promittieren — mit Streik — Rote — Bis 15. — Hamburger — tische Arbei — muß doch ge — tie und Str — „linke“ Pla — von Streik — heuter vom — daß die Er — fortjähren, — Steigerung — Nachpolitik — hütet sie sich — manliche U — es nicht, au — Verhängnis — die Sowjet — Politik, ein — war. — Die Dr — kanten Frei — hner Monst — in dem es u. — „Wen — Jone, die — noch behel — zum letzte — über die — Staatsman — den wir a — Uns bleib — Wie neh — wir in ih — und einen — Kein W — gegen Hinzu — weil sie zu fe — Des Sta — Schalepate — überhaupt n — bekommen. — kann als Op — auf „Recht“ — dieser Arbeit — Arbeiterpers — ein Elbabeth — englischen R — Ritter, ein b — Taron und i — ostmattlich — für alle lein — steht Schalep — Kotte n. a. m. — Straßengebur — tion der adli — Niach kann m — erweisen. Er — lüchtiger Eben — Möglichkeiten — solp (S. 8) u. a. — u. a. — die die — netzgebild auf — (Alice Ber — frantische D — hatte die erste — hingen leb — tonie, roman — Wielens sehr f — Albert-De — Bühnenpiel u — soll, sich am — „Kocher“ an — „Kocher“ ber — es Geld gelie — Schpares zur — werden. Das B — pappe Fleub — den hässlichen — Ellen geht das







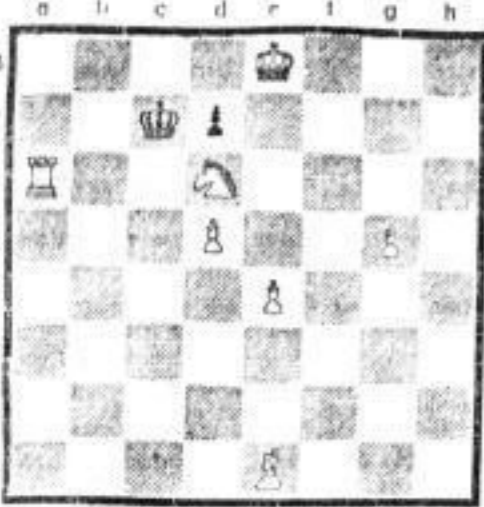
# Arbeiterschach

Bearbeitet vom Dresdner Arbeiter-Schachverein  
(Mitglied des Proletarischen Kulturkartells)

Dresden, den 4. Oktober 1929

Aufgabe 117

K. A. L. Kubbel, Leningrad (Original)



Matt in 3 Zügen

Königsläuferzug

Weiß: Kc8, Jc6, Lc1, Sd6, Bd5, e4, g5

Schwarz: Kc7, h7 (7:2, 3f)

Lösung zur Aufgabe 116, III. a. S. Finnsch (König am Ton): 1. D4—D5! 2. ...

Der Autor dankt dem Herrn Dr. W. H. ...

## Schachnachrichten

4. Bezirk. Der Meisterschaftstag wird für Sonntag den 24. Oktober ...

3. Bezirk (Dresdener). Der Meisterschaftstag in ...

2. Bezirk. Der Meisterschaftstag wird für Sonntag den 24. Oktober ...

1. Bezirk. Der Meisterschaftstag wird für Sonntag den 24. Oktober ...

# Arbeiterportler! Fußballer!

## Öffentliche Versammlung

am Freitag, dem 11. Oktober, in den Innensälen / Genosse Friedmann, Berlin, spricht über: Die Lage im Bund / Ebenso wird ein Fußballer über die Lage im Bezirk sprechen

### Leichtathletik

#### Hochsprungwettbewerb in Dresden

Ein Wettstreit, der in der Höhe liegt, war bei dem Sonntag von den ...

### Handballsport

Handball: Schumannsdorf 1:10:8 (7:2). Weiße ...

### Wassersport

#### Schwimmwettkampf Dresden—Halle—Magdeburg

Am 4. Oktober 1929 im Bismarck in Dresden. Trotz des frühen ...

### Aus Organisationen und Vereinen

Regist Dresden, Kreisabteilung am 12. und 13. Oktober für die ...

Reichsverband der Arbeitervereine. Der Reichsverband ...

Verband der Arbeitervereine. Der Verband der Arbeitervereine ...

### Isländische Klima-Kämpfer

zeigten im Ausstellungspalast technisch gutes Können. Klima ...

Konzertgemeinschaft der Volkschöre  
Dresden-Leuben und Heidenau  
Sonntag, 12. Okt., 20 Uhr, Schützenhaus, Heidenau  
Aufführung des Oratoriums  
**Die Schöpfung**  
Joseph Haydn  
Leitung: Karl Halling  
Mitwirkende: Liesel von Schuch, Sopran; Robert  
Holl, Tenor; Karl Zinner, Bass; Philharmonisches  
Orchester, Dresden  
Alles Nähere s. d. Plakate  
Kassier: Frau ...

Alle Leser  
der Arbeiterstimme sind gewöhnt  
auch dem Inseratenteil die gebührende  
Beachtung zu schenken, also  
kaufen nur  
beeinflusst durch die in den Ge-  
schäftsanzeigen gemachten preis-  
werten Angebote  
bei den Inserenten  
**Kurt Hocke**  
Wohnsitz für Solinger Glaswaren  
Reichsstraße 21  
**Rudolf Stephan**  
Holz- und Kohlenhandlung  
Pirna-Copph. Hauptstr. 18, Turngut  
Holz- und Kohlenhandlung  
Pirna, Steinplatz Nr. 18  
Fa. Gebrüder Höckritz  
Inhaber Arthur Zänker

Ein großer Fortschritt  
im Reiche der Frau!  
**IMI**  
Henkel's Spül- und  
Reinigungs-Mittel  
für Haus- und Küchengerät  
Hergestellt in den Reichs-Werken

Wenn's niemand macht!  
**Oswald Machts!**  
Hauptlager:  
Kaulbachstraße 31, I. Etg.  
Ecke Pillnitzer Straße  
**Möbel**  
aller Art  
Große Auswahl! Billige Preise!  
Günstige Zahlungsbedingungen!  
**Friedrich Kleemann**  
Zigarren / Wabierwaren

**STARKE'S KURBAD** nur DRESDEN-N. 6, Bautzner Straße 311. Ruf Nr. 51502  
Persönl. Leitung! Geprüft. Personal! Anerk. eine führende Anstalt am Platze! Besucht die Privalkurbäder! An all. Krankenkass. zugelassen

# An unsere Geschäftsfreunde!

Wiederholt wird seitens Unbefugter der Name unserer Zeitung mißbraucht, um für irgendein Blättchen oder eine Wochenchrift Inserate zu sammeln / Wir erklären hiermit ausdrücklich, daß wir mit der Zusammenstellung unserer Geschäftsführer fertig sind, und daß unsere Vertreter erst im Frühjahr des kommenden Jahres wieder vorsprechen werden / Weisen Sie deshalb alle anderweitigen Anfragen und Anträge zurück und reservieren Sie Ihre Geschäftsführerinserte für die vorgenannte Zeit / **Verlag der Arbeiterstimme**



